

Ulrike Ackermann

Vergessen zugunsten der Zukunft?

Zur Debatte über Vertreibungen, Merkur, Heft 11 November 2002

Rund 60 Millionen Menschen sind im 20. Jahrhundert innerhalb Europas vertrieben oder zwangsumgesiedelt worden, vom sogenannten Bevölkerungstransfer und ethnischer Migration betroffen gewesen. Leitbild dieser Vertreibungspolitiken war die Idee vom ethnisch homogenen Nationalstaat. Adolf Hitler und sein Regime hat dies am nachhaltigsten und in fatalster Weise exerziert. Heute wird diese Politik der ethnischen Säuberungen – die auch die Sieger des Zweiten Weltkriegs in den Jahren 1945 bis 1950 gefördert oder toleriert haben – völkerrechtlich und als Verstoß gegen die Menschenrechte geahndet. Die militärische Intervention in Serbien und im Kosovo und der Prozess gegen den ehemaligen Diktator Slobodan Milosevic in Den Haag verweisen auf den politischen Sinneswandel und das revidierte internationale Recht.

Nach 1989 ist das Gedächtnis wiedererwacht, bis dahin war es entlang des Eisernen Vorhangs aufgespalten. Eine offene Debatte über die Geschichte der Vertreibungen war im Europa des Kalten Krieges zumindest in Ostmitteleuropa nicht möglich. Erst 1990 wagte sich Vaclav Havel in seiner Präsidentenrede an das Tabu der Benes-Dekrete und die Vertreibung der Deutschen. Die europäischen Debatten um Völkermord und „ethnische Säuberungen“ im ehemaligen Jugoslawien rührten gleichermaßen an der Erinnerung der jeweils eigenen nationalen Geschichte und an dem Umgang mit dem Totalitären im 20. Jahrhundert. Es war das Jahrhundert der Vertreibungen.

Wird es möglich sein - nachdem nun endlich eine mitteleuropäische Diskussion über die Vertreibungen in diesem

geographischen Raum in Gang zu kommen scheint -, sich jenseits der Mythen der eigenen Nationalgeschichte mutig darüber auseinanderzusetzen? Oder droht angesichts der Kollision der nationalen Gedächtnisse und der fragmentierten kollektiven Erinnerungen ein Vergessen zugunsten der Zukunft, also eine Europäische Integration um den Preis der Amnesie, weil niemand an den alten Wunden rühren will?

Wie kompliziert sich eine solche Auseinandersetzung gestaltet, zeigen die Debatten in Tschechien, Polen und Deutschland. Sie sind im übrigen noch weit davon entfernt, sich produktiv zu verschränken oder gar den Weg für ein europäisches Gedächtnis zu bereiten.

Tschechien:

Im Januar 2002 hatte der bis zu den Wahlen im Juni amtierende tschechische Ministerpräsident Milos Zeman, ein Sozialdemokrat, von den Sudetendeutschen als der „fünften Kolonne Hitlers“ gesprochen. Mit ihrer Vertreibung wäre den „Landesverrätern“ eine härtere Strafe erspart geblieben. Ein Sturm der Entrüstung auf Seiten der Vertriebenenverbände in Deutschland brach los. Selbst Kanzler Schröder sah sich veranlasst, einen Besuch in Prag abzusagen. Auch wenn Zemans Versuch, die Kollektivschuldthese wieder aufs Tapet zu bringen – ausdrücklich sondierte er die antifaschistischen Kämpfer unter den Sudetendeutschen aus seiner Anklage heraus -, als populistischer Ausrutscher im Wahlkampf anzusehen wäre, verweist er auf ein elementares Konstrukt der nationalen Identität Tschechiens. Es ist tief verankert in der grossen Mehrheit der tschechischen Gesellschaft und ihrer politischen Klasse. Die Reaktionen aus Österreich und Ungarn auf Zemans polemische Attacken ließen die tschechische Nation in geradezu

unheimlicher Weise in strammer Geschlossenheit zusammenrücken. Im Februar forderte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban in Brüssel die Aufhebung der Benes-Dekrete, die 1945 zur kollektiven Enteignung, Ausbürgerung und Vertreibung von zweieinhalb Millionen Sudetendeutschen und ca. 600.000 Magyaren aus der damaligen Tschechoslowakei geführt hatten. Er handelte sich damit nicht nur den Zorn Prags ein, sondern riskierte auch den Zusammenhalt der Visegrád-Gruppe (Polen, Ungarn, die Slowakei und Tschechien). Ausdrücklich bezeichnete er die Frage der Benes-Dekrete und des damit verbundenen Vorwurfs der Kollektivschuld von Deutschen und Ungarn an den Verbrechen des Nazi-Regimes und seiner Verbündeten als „europäisches Problem und nicht als Problem zwischen Ungarn und der Slowakei oder Ungarn und der Tschechischen Republik“. Denn die Visegrád-Gruppe sei so wenig wie die EU eine reine Interessengemeinschaft, sondern habe nur als Wertegemeinschaft eine Zukunft, in der Vertreibungsdekrete auf ethnischer Basis keinen Platz hätten.

Das Europäische Parlament hatte in Verbindung mit den Verhandlungen über den Beitritt der Tschechischen Republik die Prager Regierungen in der Vergangenheit bereits dreimal aufgefordert, die Dekrete aufzuheben und betraute den renommierten Völkerrechtler Jochen Frohwein mit einer vorbereitenden Studie für ein Rechtsgutachten. Prag kaprizierte sich auf juristischer Ebene darauf, mit der Konfiszierung deutschen Eigentums und der Entscheidung über den „Bevölkerungstransfer“ nur den Beschlüssen der Siegermächte in Potsdam 1945 Folge geleistet zu haben. Auch wenn der Streit um die Aufhebung der Dekrete leidenschaftlicher wurde, Edmund Stoiber und die Sudetendeutsche Landsmannschaft

zuweilen sehr scharfe Töne anschlugen, stand der EU-Beitritt Tschechiens nicht nur Disposition. Hingegen wurde zurecht verlangt, die tschechische Rechtsordnung und gerichtliche Praxis daraufhin zu überprüfen, ob diskriminierende Elemente darin enthalten sind, die mit dem EU-Recht unvereinbar sind. Ein Verlangen, das in dem EU-Beschluß von Kopenhagen von 1993 gründet und von den Beitrittskandidaten die Einhaltung und Umsetzung der Menschenrechte einfordert. Es ging in der Debatte also keineswegs um die Revision von Grenzen oder die Rückgabe von Eigentum. Wenn das offizielle Prag in der Forderung nach Aufhebung der Dekrete eine „Gefährdung der Nachkriegsordnung“ sieht, werden jene, die dies fordern, wieder einmal des Revanchismus verdächtigt oder gar in die Nähe der Nationalsozialisten gerückt. In der deutsch-tschechischen Erklärung von 1997 wird zwar das „Leid und Unrecht, das unschuldigen Menschen durch Vertreibung und Aussiedlung zugeführt wurde“, von tschechischer Seite bedauert, nicht jedoch die Vertreibung und Aussiedlung als solche. In fast totalitär anmutender Weise haben dann auch folgerichtig alle Fraktionen des tschechischen Parlaments von rechts bis links, ohne Enthaltungen oder Gegenstimmen, im April den Beschluß gefaßt, die Benes-Dekrete seien „nicht anzuzweifeln, unantastbar und unveränderlich“. Diese verbohrte Haltung nährt sich immer noch von dem Gründungsmythos der tschechoslowakischen Nachkriegsrepublik, wonach ihre Bürger immer nur antifaschistische Opfer und niemals Täter waren. Umgekehrt wirft man den Vertriebenen vor, sich aus der Täter- in die Opferrolle begeben und damit die nationalsozialistischen Verbrechen relativieren zu wollen. „Da die Wahrnehmung historischer Kausalketten vom jeweiligen Erkenntnisstand abhängt und kollektive Erinnerung selektiv verfährt, nimmt es

nicht Wunder, daß der Wahrheitsanspruch der tschechischen Erinnerungskultur auf den nicht minder identitätsstiftenden Wahrheitsanspruch der sudetendeutschen Erinnerungskultur prallt, was der deutsch-tschechischen Historikerkommission zur Abgleichung nationaler Geschichtsbilder ein nahezu unbegrenztes Betätigungsfeld bietet.“¹ Karl-Peter Schwarz, der FAZ-Korrespondent in Prag, hat in den letzten Jahren auch immer wieder auf minoritären Stimmen aus dem Nachbarland hingewiesen. Obwohl in Tschechien der Zusammenhang von Massenteignung, Vertreibung und kommunistischer Machtergreifung bisher nicht im großen öffentlichen Raum erörtert wurde, hat eine v.a. von der jüngeren Generation angestoßene Debatte über die Vertreibung begonnen. Junge Intellektuelle in Brünn organisierten vor zwei Jahren in Zusammenarbeit mit den ehemaligen Charta 77-Aktivisten Ludvik Vaculik und Milan Uhde zum Jahrestag des Brüner Todesmarsches im Mai 1945, der mehr als 2000 Menschen das Leben kostete, eine große Veranstaltung. Die landesweite Initiative ‚Jugend für interkulturelle Verständigung‘ verfaßte einen Aufruf, in dem die Stadt Brünn aufgefordert wird, sich zu entschuldigen. Das fatale Konstrukt eines ethnisch homogenen Nationalstaats betrachten sie nicht nur im Hinblick auf die eigene nationale Geschichte, sondern in Relation zu den ‚ethnischen Säuberungen‘ während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien. Auf zivilgesellschaftlicher Ebene scheint sich wesentlich mehr zu bewegen als im offiziellen Prag. Auffällig ist in der tschechischen Debatte über die Benes-Dekrete tatsächlich eine kuriose Frontstellung: nicht die Parteien streiten darüber, sondern eine Gruppe von Journalisten, Historikern,

¹ Karl-Peter Schwarz, Mit der Vertreibung vollendet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 1.6.2001

Politologen und Schriftstellern legt sich mit den Politikern an. Auch das hat eine lange Tradition! Sie wenden sich gegen das mechanistische Ursache-Wirkung-Modell, wonach die Vertreibung als unvermeidliche Folge der vorausgegangenen Nazi-Verbrechen gesehen wird und die Frage nach politischer und persönlicher Verantwortung völlig ausgeblendet wird. Eine kleine Gruppe von Intellektuellen, Bohumil Dolezal, Jan Mlynarik, Viktor Dobal u.a. fordern seit Jahren eine Ex-nunc-Ungültigkeitserklärung der Benes-Dekrete. Der 85-jährige Schriftsteller, ehemals Direktor des Radio Free Europe und Kulturminister, Pavel Tigrid erblickt in der Vertreibung eine der größten ethnischen Säuberungen in der europäischen Geschichte. Viktor Dobal sieht in dem Streit um die Dekrete die Tradition der sogenannten ‚nationalen Front‘ fortgesetzt, die bei der Geburt der Dekrete Pate stand und die sie immer noch begleitet. Sie folge den Ideen der nationalen und sozialistischen Revolution, auf denen die Dekrete beruhen, den Ideen eines Nationalismus und Chauvinismus. „Was würde die Aufhebung der Benes-Dekrete bedeuten? Nichts anderes als eine Geste des Anstandes, mit der die Tschechen zur Verbesserung der Atmosphäre in Europa beitragen könnten.“² Der ehemalige trotzkistische Aktivist im Prager Frühling und Dissident Petr Uhl sieht fünf tschechische Mythen am Werk: 1. Der sogenannte konsequentielle Mythos, wonach die Vertreibung eine ‚natürliche‘ und ‚unvermeidliche‘ Konsequenz der vorausgegangenen Verbrechen des Nationalsozialismus gewesen sei. 2. Die Potsdamer Konferenz der Alliierten sei für die Vertreibung verantwortlich und daraus abgeleitet die Leugnung der ‚freien Entscheidung‘ der tschechoslowakischen

² Viktor Dobal, Ein Skandal und eine Schande, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 22.4.2002

Führung. 3. Die Sudetendeutschen seien aufgrund ihres Verhaltens selbst schuld an ihrer Vertreibung. Der 4. Mythos ist der deutschen und tschechischen Seite gemeinsam; nämlich die Aufrechterhaltung des kollektivistischen Antagonismus von ‚wir‘ und ‚ihr‘. Den 5. Mythos sieht Uhl in der „Unveränderlichkeit der europäischen Nachkriegsordnung“. Denn die bloße Existenz der EU und die Überwindung der Blöcke in Europa habe ihn widerlegt.³

Im April 2002 haben 250 Intellektuelle eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt: „Die Dekrete des Präsidenten der Republik und die Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der CSR stellen ein schmerzliches Problem dar, über das in der tschechischen Gesellschaft, auch auf politischer Ebene, eine offene Debatte zu führen ist. Statt dessen sind wir Zeugen eines Versuches, entfesselte nationale Emotionen zur Demonstration einer falschen nationalen Einheit auszunutzen.... Es droht dadurch die Gefahr der Einschränkung der politischen Freiheit und der Meinungspluralität in der tschechischen Gesellschaft, der Verschlechterung der Beziehungen zu unseren Nachbarn und vielleicht auch der Erschwerung unseres EU-Beitritts.“⁴ Die Unterzeichner repräsentieren von links bis rechts das gesamte demokratische Spektrum der tschechischen Gesellschaft.

Schaut man sich die Namen jener, die in Tschechien das Wort für eine Aufhebung der Benes-Dekrete ergreifen, an, so stößt man auf Personen, die weit vor 1989 unter dem Prager Regime in Ungnade gefallen waren. Bereits nach der kommunistischen Machtübernahme 1948, nachdem die moralische Legitimität und Notwendigkeit der Vertreibung zum festen Element der

³ Vgl. Karl-Peter Schwarz, Der Provokateur in der ersten Reihe, in: FAZ v. 25.4.2002

⁴ Vgl. Karl-Peter Schwarz, Ein schmerzliches Problem, in: FAZ v. 10.4.2002

Staatsideologie und bis zum Ende des Regimes aufrechterhalten wurde, meldeten sich einige zu Wort.⁵

Bradley F. Abrams rekonstruierte die Vertreibungsdebatte in der tschechoslowakischen Opposition in den 70er Jahren.⁶ Insbesondere die berühmten „revisionistischen“ Thesen des Historikers Ján Mlynárik, der unter dem Pseudonym Danubius schrieb, sorgten innerhalb und außerhalb des Samizdat für Aufruhr. Bereits 1968 hatte Jan Procházka auf den abstoßenden Versuch hingewiesen, „fünf Minuten vor zwölf oder sogar fünf Minuten nach zwölf noch schnell eine patriotische Geste zu setzen...., eine Legende vom heroischen Widerstand zu schaffen.“⁷ In den 70er Jahren griffen die sog. Revisionisten diesen psychologischen Komplex in der Vertreibungsdebatte wieder auf. Mlynárik geht davon aus, in der endgültigen Entscheidung Edvard Benes‘, den Plan für die Vertreibung der Deutschen den Großmächten vorzulegen, habe auch die Motivation der breiten Bevölkerung eine Rolle gespielt, die eigene Untätigkeit, wenn nicht Kollaboration, durch ihre Identifikation mit dem Sieger ex post wiedergutmachen zu wollen, „durch eine ‚Heldentat‘ gegenüber den Wehrlosen, was für die Nation eine Kompensierung, ein opportunistisches Ventil des schlechten Gewissens bedeutete.“⁸ Mlynáriks Thesen entfachten eine leidenschaftliche Debatte, die im Untergrund, im Exil und in der Pariser Emigrantenzeitschrift *Svedectvi* (herausgegeben von Pavel Tigrid) geführt wurde. Im Februar

⁵ Vgl. Peter Demetz in Transit, 9/2002

⁶ Vgl. Bradley F. Abrams, Die Vertreibung der Sudetendeutschen und die tschechoslowakische Opposition in den 70er Jahren, in: Transit, 10/1995, S. 174ff.

⁷ Vladimír Blázek, Milan Hübl, Jan Procházka, Trialog o roce 1945 (Trialog über 1945), in: Odsun, S. 37

1979 wurden vorübergehend dreißig Personen verhaftet, nach dem Autor der provozierenden Thesen gefahndet. Ein Komplott zwischen der Charta 77 und den westdeutschen ‚Revanchisten‘ wurde vom Zentralorgan der Kommunistischen Partei *Rudé Právo* insinuiert. Ján Mlynárik landete im Gefängnis. Nach zehn Monaten Haft wurde ihm auf Druck der internationalen Öffentlichkeit die Ausreise in die BRD erlaubt.

Neben ihrer Kritik an der Rechtmäßigkeit und moralischen Rechtfertigbarkeit der Vertreibung zeigten die Revisionisten, so Bradley F. Abrams in seiner Analyse, deren fatale Folgen in allen Bereichen der Gesellschaft auf: „Sie sahen in der Vertreibung nicht nur die Folge der Kriegserfahrungen, sondern auch einen unmittelbaren Zusammenhang zur kommunistischen Machtübernahme 1948 und ein Vorspiel zu der immer brutaleren Verfolgung der ‚Reaktionäre‘, ‚bürgerlichen Nationalisten‘ und in den 50er Jahren dann schließlich auch der Kommunisten. Die Auswirkungen der Vertreibung waren in ihren Augen verheerend und führten schließlich zur totalen Machtübernahme der Kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei.“⁹

Das Neue und der große Verdienst der Protagonisten dieser Debatte - besonders was die Einlassungen Ján Mlynáriks, Zdenek Mlynárs und des Historikers Jan Kren betrifft – war das Aufzeigen einer Verbindung zwischen der Vertreibung und den Ereignissen in den 50er Jahren in der CSFR. Auf demokratietheoretischer Ebene mündete dieses Unterfangen in einem Erklärungsversuch über den Zusammenhang zwischen

⁸ Thesen zur Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945-1947, in : Wir haben uns selbst aus Europa vertrieben. Hg. v. Leopold Grünberg, München 1985, S. 125

der Erfahrung des Totalitarismus unter der deutschen und der kommunistischen Okkupation – eine wahrlich mutige Totalitarismuskritik. Denn die kommunistische Partei konnte sich jahrzehntelang als „patriotischste Kraft“ im Lande profilieren – wo von die jüngsten Wahlerfolge der Kommunisten im Jahre 2002 immer noch Zeugnis ablegen.

Der Philosoph Jan Patočka, ein Schüler Edmund Husserls, hatte sich bereits 1972 in seinen zwölf Briefen an eine deutsche Freundin dem prekären Thema gewidmet. 1938 hätte Benes nicht kapitulieren dürfen. Auch in einer wenig aussichtsreichen Lage hätte das tschechische Volk sein Selbstbewußtsein nicht verloren, da es sich danach unter der deutschen Okkupation und später unter der kommunistischen Herrschaft wiederholt demütigen mußte. Der 70-jährige Jan Patočka, erster Vorsitzender der Charta 77 – seine Nachfolge trat Vaclav Havel an -, starb im Februar 1977 nach einem zwölfstündigen Verhör in Prag. Die Debatte wurde unter überaus riskanten Bedingungen in Dissidentenkreisen weiter fortgeführt. Der Arzt und Psychiater, Politiker und Journalist Petr Pihoda schrieb 1978: „Der Abschub der drei Millionen Deutschen ist eine Aktion, die im westlichen und mittleren Europa keine Vorbilder hat, außer denn im nazistischen Deutschland selbst.“

Es gab weitere Zwischenrufe in dieser Debatte, die Ferdinand Seibt in seinem Artikel über den Deutsch-tschechischen Diskurs in dieser Zeitschrift erwähnt.¹⁰ Unter anderen trafen sich die Polen Jan Jozef Lipski, Wladiyslaw Bartoszewski und Jerzy Holzer mit Tschechen und Deutschen, um als Opfer und Täter

⁹ Bradley F. Abrams, Die Vertreibung der Sudetendeutschen und die tschechoslowakische Opposition in den 70er Jahren, in Transit 10/1995, S. 182

¹⁰ Vgl. Ferdinand Seibt, Deutsch-tschechischer Diskurs 1947-1999. Ein Le4sedram in sieben Akten, in Merkur, Heft 3/März 2000, S. 216ff.

über Heimatverlust, über die ‚Verlorene Geschichte oder wiedergewonnene Gebiete‘ zu sprechen.

Erstaunlich ist, daß sich auf derartige Einlassungen und traditionsreiche Diskussionslinien bei den Nachbarn deutsche Intellektuelle so gut wie gar nicht beziehen, um Brücken zur propagierten Völkerverständigung zu bauen. Offensichtlich stößt die dezidiert antitotalitäre Argumentation der ehemaligen Dissidenten in der Vertreibungsdebatte auf ein gerüttelt Maß an Abwehr – zumindest in linksliberalen Kreisen. Die strukturelle Ähnlichkeit dieses Schweigens und der Ignoranz erinnert in fataler Weise an die Diskurslogik der Auseinandersetzungen über die Verbrechen des Kommunismus.¹¹ Lieber polemisiert man hier gegen die Verbände der Heimatvertriebenen und ihre ‚revanchistischen‘ Ansinnen. Auch die zwischenstaatlich betriebene offizielle Freundschaftskultur hat jahrzehntelang das heiße Eisen der Benes-Dekrete erfolgreich umschiffte - und nun hat man das Debakel! Hans Lemberg, gebürtiger Breslauer und Vorsitzender der deutsch-tschechoslowakischen Historikerkommission, warnt denn auch vor der ‚Gefahr der Bilateralisierung‘. Jahrzehntlang beschwor man die Freundschaft und Annäherung, anstatt sich der schwelenden Konflikte zu widmen. Man wollte die Gegenwart und Zukunft nicht mit der Vergangenheit belasten. Aber just darin besteht das Problem, und die diplomatische Finesse der Konfliktvermeidung rächt sich nun bitter. Die bilateral eingesetzten Kommissionen - auch auf wissenschaftlicher Ebene - fungierten, nachträglich gesehen, als Legitimationsinstanzen für eine durchaus von gutem Willen geleitete und auf

¹¹ Vgl. mein Buch: Sündenfall der Intellektuellen, Stuttgart 2000 sowie U.A., Historikerstreit auf Französisch, in: Merkur 7/1998

Versöhnung ausgerichtete Politik zwischen Nachbarn, die angesichts dieses Tabus keine profunde Grundlage hat.

Soll man nun tatsächlich die Vergangenheit zugunsten der europäischen Integration ruhen lassen? Selbst bei dem leidenschaftlichen Europäer Jacques Rupnik klingt diese Option an, wenn er davon spricht, daß „gewisse Kräfte die Europa-Sehnsucht ihrer östlichen Nachbarn heute benutzen, um die Probleme der Vergangenheit wieder aufzurühren.“¹² Wer auch immer diese Kräfte sein mögen – in jedem Fall gibt es Stimmen in der Debatte, die die „Probleme“ der Vergangenheit instrumentalisieren, um den Beitritt Tschechiens in die EU und die Osterweiterung insgesamt hinauszuschieben – was fatal wäre.

Polen:

Polen hat im Unterschied zu Tschechien seine Nachkriegsdekrete, die die Aussiedlung und Vertreibung der Deutschen rechtfertigten, noch zu kommunistischen Zeiten aufgehoben. Kurioserweise schien dieser Akt in Warschau ebenso wie in München – wie die Forderung Edmund Stoibers nach Aufhebung der Dekrete zeigte – in Vergessenheit geraten zu sein. Vielleicht auch deshalb, weil die Annäherung beider Länder und die Auseinandersetzung bereits weiter gediehen ist als zwischen Tschechien und Deutschland. Vor einigen Jahren sprach der erste freigewählte Ministerpräsident Polens und ehemalige Dissident Tadeusz Mazowiecki von der „deutsch-polnischen Schamgemeinschaft“, aus der Lehren zu ziehen seien. Man hat damit begonnen. Auch wenn bis 1989 – ebenso wie in der damaligen CSFR – die Vertreibung der Deutschen

¹² Jacques Rupnik, Das andere Mitteleuropa, in Transit 9/2002, S. 123

aus Pommern, Schlesien und Ostpreußen im kommunistischen Diskurs und der offiziellen Geschichtsschreibung tabuisiert, zensiert und ideologisiert blieben. In Polen ebenso wie in der DDR war zu diesem Thema vor 1990 eine öffentliche Diskussion nicht möglich. In der offiziellen Lesart war die Vertreibung der Deutschen die gerechte Strafe für die Verbrechen der Nationalsozialisten. Bis heute teilt die große Mehrheit der Bevölkerung und der politischen Klasse diese Einschätzung. Zwar gab es offizielle Entschuldigungen angesichts des Leids Unschuldiger und der Vertreibungsverbrechen (1965 der Brief der polnischen Bischöfe, 1990 und 1995 bedauernde Äußerungen der Außenminister Skubiszewski und Bartoszewski). Aber im Kern wurde daran festgehalten, daß die Vertreibung ein unvermeidliches Übel gewesen sei. Verwiesen wird auf die Haltung der Alliierten, die die Verschiebung Polens nach Westen und die Vertreibung der Ostpolen hingenommen und die ‚Austreibung‘ der Deutschen verfügt hätten. Polen sei nicht ein treibendes Subjekt gewesen, sondern ein leidgeprüftes Objekt.

Der 1991 verstorbene Literaturhistoriker und Publizist Jan Józef Lipski¹³ war einer der ersten, die aus den Reihen der Dissidenz das Redetabu über die Vertreibung der Deutschen brachen. In seinem 1981 erschienenen berühmten Essay über die „Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen. Bemerkungen zum nationalen Größenwahn und zur Xenophobie der Polen“¹⁴ heißt es: „Das uns angetane Böse, auch das größte, ist aber keine

¹³ Lipski kämpfte während des Warschauer Aufstands in den Reihen der Heimatarmee. Er entwickelte sich zu einer der führenden Persönlichkeiten der demokratischen Opposition, war Mitbegründer des KOR und Aktivist der Solidarnosc.

¹⁴ Dt. erstmalig ersch. in Kontinent 22/82, zit. nach der zweisprachigen deutsch-polnischen Ausgabe J.J. Lipski, Wir müssen uns alles sagen...Essays zur deutsch-polnischen Nachbarschaft, Gleiwitz-Warschau 1996, S. 192

Rechtfertigung und darf auch keine sein für das Böse, das wir selbst anderen zugefügt haben; die Aussiedlung der Menschen aus ihrer Heimat kann bestenfalls ein kleineres Übel sein, niemals eine gute Tat.“ 1989 provozierte er erneut seine Landsleute: „Den Deutschen müssen wir klarmachen, daß die Verbrechen der Nationalsozialisten eine dauerhafte Spur in der polnischen Mentalität hinterlassen haben; den Polen dagegen, daß die Vertreibung von Menschen aus ihren Häusern ein Unrecht war.“¹⁵

In Frombork/Frauenburg wurde gerade ein Denkmal für die Vertriebenen errichtet. In Ostpreußen, Schlesien und Pommern benennt man Straßen nach berühmten Deutschen um, was hierzulande kaum zur Kenntnis genommen wird. Ebenso wenig, daß inzwischen auch junge polnische Schriftsteller, wie Stefan Chwin (Tod in Danzig 1995), Pawl Huelle oder die Schlesierin Olga Tokarczuk sich in ihren Werken mit der Flucht und Vertreibung der Deutschen auseinandersetzen. Gleichzeitig koppeln sie das Thema mit der Ankunft der aus den sowjetisierten Ostgebieten zwangsumgesiedelten Polen. Weitgehend unbemerkt blieb hier auch die gemeinsame Arbeit polnischer und deutscher Historiker an einer mehrbändigen Edition polnischer Quellen über „Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950“.¹⁶ Der zusammen von der Kulturgemeinschaft Borussia und dem Warschauer Dokumentationszentrum Karta jüngst herausgegebene Band „Vertreibung aus dem Osten. Deutsche und Polen erinnern sich“ dürfte wohl auch nur in Fachkreisen rezipiert werden.

¹⁵ Polen, Deutsche und Europa, in: ebda., S. 255

¹⁶ „Unsere Heimat ist uns fremd geworden.“ Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven, Bd. 1, hersgg. v. Włodzimierz Borodziej und Hans Lemberg, Verlag Herder-Institut, Marburg 200

Im Unterschied zu Tschechien traut man sich in Polen offensichtlicher mutiger an die liebgewonnenen nationalen Mythen heran, wie auch der polnische Historikerstreit um das Massaker in Jedwabne 1941, während dessen christliche Polen 1600 ihrer jüdischen Nachbarn umbrachten, zeigte. In dieser leidenschaftlich geführten Debatte – die heftigste in der polnischen Öffentlichkeit seit dem Zweiten Weltkrieg – ging es nicht zuletzt um das Selbstbild der Polen als „Opfernation“ und um zwei Visionen der Identität: die zivile und die nationalistische.

Deutschland:

„Merkwürdig mutet es an, wie spät und immer noch zögerlich an die Leiden erinnert wird, die während des Krieges den Deutschen zugefügt wurden. Selbst in der Nachkriegsliteratur fand die Erinnerung an die vielen Toten der Bombennächte und Massenflucht nur wenig Raum“, stellte Günter Grass in einer Rede vor zwei Jahren in Vilnius fest. In seinem letzten Buch *Im Krebsgang* über die Versenkung des Flüchtlingsschiffs Wilhelm Gustloff setzt er sich intensiv mit dem Drama der Vertreibung auseinander. In Grass' Novelle beklagt der ‚Alte‘, man habe „über so viel Leid, nur weil die eigene Schuld übermächtig und bekennende Reue in all den Jahren vordringlich gewesen war, geschwiegen und dadurch das gemiedene Thema den Rechtsgestrickten überlassen.“ Allzu spät allerdings komme diese Einsicht, hielt ihm bei Erscheinen seiner „politisch korrekten Novelle“ die *Neue Züricher Zeitung* entgegen.

Tatsächlich setzte sich, wer sich in der Vergangenheit wissenschaftlich mit diesem Komplex der deutschen Geschichte beschäftigte oder davon sprach, der Gefahr aus, als Aufrechner oder Relativierer der Schuld an der Judenvernichtung

abgestempelt zu werden. Wer an das Leid von Flucht und Vertreibung der Deutschen erinnerte, galt seit den 60er Jahren schlicht als Revanchist. Natürlich gab und gibt es zuweilen noch revanchistische Stimmen aus Kreisen der Heimatvertriebenen, die politisch instrumentalisiert werden. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache der Gleichgültigkeit, wenn nicht gar Feindseligkeit, mit der die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft dem Vertreibungsschicksal begegnete. Auch in der ehemaligen DDR wurden die sog. ‚Umsiedler‘ geschmäht und das Thema noch heftiger tabuisiert. „Die Vertriebenenverbände konnten sich bei ihrer revanchistischen Rhetorik gerade auf diese Verletzung stützen... An dieser zweiten Verletzung in der Nachkriegszeit wirkten auch viele Linke und Linksliberale mit, die in der Vertreibung und gerade in den individuellen Vertreibungsschicksalen nichts als die gerechte Strafe sahen für die Verbrechen des Nazismus“, so Christian Semler in der *tageszeitung*.¹⁷

Obwohl Günther Grass nicht der erste deutsche Literat ist, der sich mit dem Thema auseinandersetzt, zeigt die Rezeption seines Buchs, welches nachholendes Interesse das Vertreibungsdrama provoziert; Grass hat das Thema sozusagen freigegeben. Der *SPIEGEL* legte mit seiner Serie über ‚Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten‘ nach. Und Guido Knopps mehrteilige ZDF-Dokumentation über die Vertreibungen fand ein dankbares Publikum, da dieser Erinnerungsdiskurs lange Jahre nur im Privaten oder in Spezialöffentlichkeiten stattfand.

Christian Meier fragt sich zurecht: „Hat es da also ein Entweder-Oder gegeben: Gedenken an Auschwitz *oder* Gedenken an die

¹⁷ Vgl. taz v. 22.2.2002. Christian Semler und v.a. Helga Hirsch (Die Rache der Opfer) zählen zu den wenigen rühmlichen Ausnahmen im linksliberalen Spektrum, die sich dem Thema seit Jahren widmen.

Vertreibung?“ Er kommt zu dem Schluß, daß die Geschichte von Vertreibung und Flucht noch geschrieben werden muß.¹⁸

Auch das umstrittene, von der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, zusammen mit dem Sozialdemokraten Peter Glotz geplante ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘ will dieses Thema ins öffentliche Bewußtsein heben. Es soll – auch wenn das Schicksal der deutschen Vertriebenen im Mittelpunkt steht - gleichzeitig ein „Ort der Mahnung sein, Vertreibungen weltweit zu ächten und die Völkergemeinschaft dafür zu sensibilisieren.“ Stiftungsziel ist ein Gesamtüberblick über die 15 Millionen deutschen Deportations- und Vertreibungsoffer, die Aufarbeitung dieser deutschen und europäischen Geschichte. Darüber hinaus ist eine Daueraustellung „Schicksalsweg der deutschen Heimatvertriebenen“ geplant. Im Wissenschaftlichen Beirat ist ein buntes Spektrum versammelt: Rolf Breuer von der Deutschen Bank, György Konrad, die ehemalige Bürgerrechtlerin Freya Klier, Tilman Zülch als Generalsekretär der Gesellschaft für bedrohte Völker, Michael Wolffsohn, Peter Scholl-Latour und Arnulf Baring.

Das Thema, erst Recht ein derartiges Zentrum, scheint – wie die Beschlüsse des Bundestages im Sommer zeigten – zumindest im linksliberalen Milieu und der rot-grünen Koalition immer noch ein ungeliebtes Kind zu sein. Der von der CDU/CSU eingebrachte Antrag, der das von Steinbach und Glotz initiierte Zentrum unterstützt, wurde abgelehnt. Aber auch das von den beiden polnischen Publizisten Adam Michnik und Adam Krzeminski in die Diskussion gebrachte europäische Zentrum gegen Vertreibungen mit Sitz in Wroclaw/Breslau fand keine

¹⁸ Vgl. Christian Meier, In der Mitte Europas, in: Merkur 8/2002

Unterstützung. Einzig Markus Meckel hatte sich für den polnischen Vorschlag stark gemacht. Die rot-grüne Mehrheit beschloß lediglich, den „Dialog über die Einrichtung eines europäischen Zentrums gegen Vertreibungen zu beginnen“ – Gelder dafür sind bisher nicht vorgesehen. Selbst diese Unverbindlichkeit der Regierungsparteien ging der PDS zu weit. Deren Abgeordnete Ulla Jelpke polterte: „SPD und Grüne bieten sich zielstrebig der völkischen Klientel an.“

So harrt das Projekt der beiden Polen noch ein wenig seiner Erfüllung. Sie haben Breslau anstelle von Berlin vorgeschlagen, weil „die Erinnerung dort stattfinden soll, wo die Taten geschahen“. Zudem favorisieren sie ein europäisches Projekt, da es an der Zeit sei, nationales Erinnern zu europäisieren, eine europäische Erinnerungskultur zu schaffen. Breslau hatte eine deutsche, polnische, böhmische, jüdische, russische und sogar ukrainische Geschichte. 1944/45 lebten in dieser Stadt 600.000 Menschen, die binnen kurzer Zeit beinahe alle erzwungenermaßen durch neue Bürger ersetzt wurden. So gesehen eigne sich Breslau als symbolischer Ort für ein europäisches Zentrum gegen Vertreibungen. Ein Zentrum in Berlin, so Michnik und Krzeminski, würde das deutsche Leiden nach dem Krieg in den Vordergrund rücken. „Der Singularität des deutschen Völkermords stellt man dann....die Besonderheit des Schicksals der deutschen Vertriebenen an die Seite. Der europäische Kontext der Vertreibungen kann da als bloße ‚Verpackung‘ erscheinen.“¹⁹ In Polen fand die Einmischung der beiden Publizisten in die deutsche Debatte ein geteiltes Echo:

¹⁹ Adam Krzeminski/Adam Michnik, Wo Geschichte europäisch wird. Das ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘ gehört nach Breslau, in: DIE ZEIT v. 20.6.2002, vgl. auch Norman Davies/Roger Moorhouse, Die Blume Europas. Breslau, Wroclaw, Vratislavia. Die Geschichte einer mitteleuropäischen Stadt, München 2002

die Kritiker bezichtigten sie des Verrats an der Nation und des Lobbyismus zugunsten Deutschlands oder befürchteten, daß Angreifer und Opfer auf eine Stufe gestellt würden. Aber auch Befürworter des Projekts traten auf den Plan.

Die Initiative von Michnik und Krzeminski ist überaus begrüßenswert. Die Debatte, die ihre mutige Intervention eröffnen könnte, bietet womöglich die Chance, die nationale Selbstbezüglichkeit in der bisherigen deutschen, polnischen und tschechischen Vertreibungsdiskussion – so sie überhaupt stattfindet – zu unterminieren. Jede Nation kann natürlich ihr eigenes Zentrum errichten und auf je eigene Weise ihrer Opfer gedenken. Es verstieße deshalb keineswegs gegen die politische Korrektheit, in Berlin einen Ort des Gedenkens für die Opfer der Vertreibungen zu schaffen. Darauf ganz zu verzichten und das Thema sozusagen nach Breslau auszulagern, käme einer seltsamen Exterritorialisierung der Erinnerung gleich. Was spricht denn dagegen, beide Initiativen zu verfolgen und über deren Ausgestaltung, Sinn und Zweck überhaupt erst einmal eine dann aber hoffentlich grenzüberschreitende, breite Auseinandersetzung in Gang zu bringen?

Der Option, einzig ein Zentrum in Berlin zu errichten, wäre – zumindest nach den vorliegenden Plänen – die Grenze des nationalen Gedenkens auferlegt. Das jahrzehntelange Schweigen über die Vertreibungen, die Tabuisierung des Themas in der jeweils nationalen Erinnerungskultur sowie in den bilateralen politischen Beziehungen verlangt geradezu nach einer Öffnung. Denn noch die innigsten Freundschaftsbekundungen und zwischenstaatlich eingesetzten Kommissionen von Wissenschaftlern haben die Tabus nicht aufbrechen können.

Ein europäisches Gedächtnis kann sich nur aus vielfältigen nationalen und regionalen Gedächtnissen zusammensetzen, die

naturgemäß auch kollidieren, in Konkurrenz um die Deutungshoheit treten, aber auch produktiven Streit entfachen werden. Es kann letztlich nur darum gehen, die Vielfalt der Erinnerungen und jeweiligen nationalen Blickwinkel zusammenzuführen, ohne allzu versöhnlerisch die Differenzen einebnen oder ein jauchzend vereinendes Wir-Gefühl erzeugen zu wollen. Dazu sind die Erfahrungen der Europäer im Jahrhundert des Totalitarismus und der Vertreibungen allzu different gewesen.